

- 5. JUNI 1963

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XVIII/105

Bonn, den 5. Juni 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1	Eine große Aufgabe für Professor Carlo Schmid Seine Wahl zum Präsidenten der WEU-Versammlung Von G. Markscheffel	38
2 - 2a	Die Verführung vor 1963 FDP und CDU machen Rechnungen ohne Wirt Von Franz Barsig	54
3	Palastrevolution Zum Führungswechsel bei der FDP in Schleswig-Holstein	49
4 - 5	"Im Namen des Volkes" Kulturpolitisches Manko in Bayern Von Ferdinand Drexler, MdB	56
5	Abschreckung Die Afrikaner und die Mauer	20
6 - 7	Vertrauenskrise der Rechtsstaatlichkeit Österreich hat wieder eine Habsburgfrage Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Pranta	68

Chefredakteur Günter Markscheffel

Eine große Aufgabe für Professor Carlo Schmid

Seine Wahl zum Präsidenten der WEU - Versammlung

G.M. - Die einstimmig erfolgte Wahl von Professor Carlo Schmid, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, zum Präsidenten der Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU), ist mehr als eine Routineangelegenheit. Die Parlamentarier aus den sieben europäischen Staaten England, Frankreich, Bundesrepublik, Italien, Holland, Belgien und Luxemburg haben sich für Carlo Schmid entschlossen, weil diesem der Ruf vorausgeht, ein kompromißloser Europäer zu sein. Sie wollten in der einzigen europäischen parlamentarischen Versammlung, in der auch Großbritannien vertreten ist, bewußt einen Mann an der Spitze haben, dessen Verdienste um das Zustandekommen der Prämabel zum deutsch-französischen Vertrag allgemein bekannt sind.

Der Vorgänger von Carlo Schmid war der frühere sozialistische Abgeordnete Arthur Conte; er unterlag bei den letzten Wahlen zur Französischen Nationalversammlung und trat daraufhin aus der Sozialistischen Partei aus. Außerdem weiß man von ihm, daß er ähnlich, wie die Gaullisten, dem Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), mit größter Reserve gegenübersteht.

Aus allen diesen Gründen wird dem Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages und neuen Präsidenten der WEU-Versammlung in Paris eine bedeutsame Aufgabe zuteil, eine Aufgabe, die weit über die Tätigkeit eines Parlamentspräsidenten hinausgehen dürfte.

Man erwartet von ihm, daß er sein diplomatisches Talent in die Waagschale wirft, wenn es - wie zu erwarten ist - auch in der WEU-Versammlung zu Spannungen zwischen den Gaullisten und den britischen Abgeordneten kommen sollte. Schon haben die Italiener die beschleunigte Aufnahme Großbritanniens in die EWG gefordert. Mit der gleichen Forderung werden wahrscheinlich auch andere Delegationen bald aufwarten. Die Folge davon ist, daß Carlo Schmid wahrscheinlich schon in Kürze die Widerstände jener Gruppe französischer Parlamentarier zu beseitigen versuchen muß, die von der Mehrheit des französischen Parlaments - das sind die Gaullisten - in die WEU-Versammlung delegiert wurden.

Professor Carlo Schmid kann sich hierbei auf die Autorität des gesamten Deutschen Bundestages stützen, der in der Prämabel zum deutsch-französischen Vertrag eindeutig den Willen zum Ausdruck gebracht hat, daß Großbritannien bald der EWG angehören möge und daß die Politik der Atlantischen Gemeinschaft unverändert fortgesetzt wird.

Die Vorfurcht vor 1965

FDP und CDU machen Rechnungen ohne Wirt

Von Franz Barsig

In den letzten Tagen haben sich sowohl die FDP als auch die CDU/CSU mit der Sozialdemokratischen Partei beschäftigt und Prognosen für den Wahlkampf 1965 und die in rund zweieinhalb Jahren aus dem Wahlausgang neu zu bildende Regierung gestellt. Nun ist es zwar üblich, daß Parteien sich relativ früh mit den nächsten Bundestagswahlen beschäftigen, unüblich ist es hingegen, daß sie ihre Auffassungen schon zu einem so frühen Zeitpunkt der Öffentlichkeit mitteilen. Die Sozialdemokratische Partei kann das nur unter dem Stichwort "bemerkenswerte Unruhe bei ihren innenpolitischen Gagnern" registrieren.

"Kipp-Demokraten" ?

Die Äußerungen von Herrn Dr. Mende sind insofern bemerkenswert, als er keine vorherige Festlegung für die Regierungsbildung von 1965 treffen will und so die Wahlkampfführung des Jahres 1961, die unter der Devise "niemals mit der SPD" stand, nachträglich doch nicht für ganz richtig hält. Inwieweit die wählernässige Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei dazu beigetragen hat und inwieweit "vorbeugen besser als heilen ist" soll dahingestellt bleiben.

Allerdings hat Dr. Mende sich in einem Punkt eine wenig schöne Entgleisung gestattet, als er jede Koalition mit der SPD unter Beteiligung des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Herbert Wehner ablehnte. Eigentlich sollte die FDP doch genug trübe Erfahrungen mit solcher Ausschließlichkeitsklauseln gemacht haben, um sie erneut zu wiederholen. Hat sie völlig vergessen, daß gerade namentliche Festlegungen und die Unmöglichkeit, diese Beschlüßfassung durchzuhalten, ihr die Bezeichnung "Kipp-Demokraten" eingetragen haben?

Die Erfahrung hat gelehrt, daß jedes personelle Hineinregieren in eine andere Partei zum Scheitern verurteilt ist. Das geht von Taler bis Aderauer. Jede Partei, die Selbstachtung hat, wird es einer anderen nicht gestatten, ihre eigenen Repräsentanten auszuwählen oder auszuschließen. Im Übrigen bleibt es Herrn Dr. Mende vorbehalten zu beweisen, ob er nach einem so bitteren Schicksal auch die Kraft haben würde, zu einem leidenschaftlichen Verfechter der Demokratie zu werden.

CDU - reichlich durcheinander...

Die andere Meinungsäußerung kam von der CDU. Günter Triesch, der zu den sorgfältigen Beobachtern des politischen Lebens gehört, kommt in der "Politisch-Sozialen Korrespondenz" zu der für diese Partei erschütternden Feststellung; so zu der, daß nur eine erfolgreiche Koalition der Unionsparteien mit der FDP und ein gemeinsam geführter Wahlkampf 1965 den Wahlsieg über die SPD sichern könne. Der fröhliche Optimismus, Erhard werde es schon schaffen, ist also erstaunlich schnell verfliegen und es ist auch des Registrierens wert, daß man sich als CDU/CSU allein nicht mehr die Kraft zutraut, den Wahlkampf von 1965 zu seinen Gunsten zu entscheiden.

auf kurvenreicher Strecken

Richtige Erkenntnisse allerdings brauchen aber in der Gedanken-
kette nicht zu richtigen Schlüssen zu führen, denn in gleichen Bei-
trag wird die Auseinandersetzung abschließend wieder mit recht bil-
ligen Propagandaknochen geführt. Da soll es eine angebliche neue Ost-
politik der SPD geben, obwohl es feststeht, daß der Jaksch-Bericht,
der **e i n s t i m m i g** vom Bundestag angenommen worden ist, die
Richtlinie der sozialdemokratischen Politik auf diesem Gebiet dar-
stellt. Da wird in primitiver Form die Frage nach der Hallstein-Dok-
trin und ihrer Anerkennung gestellt. Was würde denn Herr Triesch sa-
gen, wenn die SPD mit allen Registern der Polemik die Regierung be-
schuldigen würde, daß sie die Hallstein-Doktrin gebrochen hat, weil
es heute Staaten gibt, in deren Generalkonsulate der sogenannten
"DDR" zugelassen sind, die das Recht der Exequatur (die mit der völker-
rechtlichen Anerkennung gleichzusetzen ist) haben und die Regierung
das hingenommen hat. So leicht sollte man sich das Leben doch wirk-
lich nicht machen, denn es gibt ein vitales und gleichgerichtetes
Interesse aller Parteien, Pankower Filialen nicht aufzuwerten, ganz
gleichgültig, an welchem Punkt der Welt sie sich befinden. Es gibt
auch manches, was auch im Hinblick auf Ostblockstaaten ernste Besorg-
nisse hervorrufen muß. Auch hier hat sich die SPD billiger Polemik
versegelt. Aber man soll sie auf der anderen Seite nicht unnötig her-
ausfordern, weil das auf die Dauer nicht ungestraft bleiben könnte

Läppische Konstruktionen

Bleibt dann schließlich das beliebte Spiel, Gewerkschaftsbe-
schlüsse gegen Beschlüsse der Sozialdemokratischen Partei zu stellen.
Auch hier wird man begreifen müssen - vielleicht mit eben solcher
Verspätung wie beim Godesberger Grundsatzprogramm -, daß die Sozial-
demokratische Partei weder das politische noch ideologische Auf-
sichtsorgan des DGB und umgekehrt ist. Das Bemühen der Sozialdemo-
kratischen Partei um die Belange der Arbeitnehmerschaft bedeutet
noch lange nicht, daß die SPD willens, geschweige, daß es ihr möglich
wäre, die freigewählten Körperschaften der Gewerkschaften außer Kraft
zu setzen, wie umgekehrt. Dieses Bemühen, Gegensätze zu konstruieren,
ist läppisch. Was würde die CDU sagen, wenn man die Streikführung von
Herrn Schleyer als **i h r e** Politik klassifizieren würde? So kommt
man doch von einer ernsthaften Betrachtungsweise nur Kilometerweit
fort.

Wie gesagt, der SPD erscheinen die Prognosen für 1965 noch ein
wenig verfrüht. Auf der anderen Seite sieht sie keine Veranlassung,
auch nur irgendeiner Äußerung aus dem Lager der anderen Parteien
auszuweichen. Aber auch in dieser Vorfelddiskussion werden Akzente
gesetzt und Weichen gestellt. Da noch nicht die Hitze des Wahl-
kampfes besteht, sollte man dabei um so behutsamer vorgehen, denn
nichts ist so schädlich wie das Rechnungmachen ohne Wirt.

+ + +

Palastrevolution

Zum Führungswechsel bei der FDP in Schleswig-Holstein

sp - Die Freien Demokraten von Schleswig-Holstein haben auf ihrem Landesparteitag in Husum eine Palastrevolution durchgeführt. Mit der knappen Mehrheit der Delegiertenstimmen wurde neue Männer in den Landesvorstand gewählt, die ihre politische Nachkriegslaufbahn einmal bei der Deutschen Partei oder im BHD begonnen haben. Justizminister Dr. Bernhard Leverenz, der seit 11 Jahren die Partei führte, fiel dem Unwillen seiner Parteifreunde zum Opfer und legte nun auch sein Landtagsmandat nieder. Für ihn rückte der von der DP gekommene Bundestagsabgeordnete Otto Eisenmann nach vorn, der 1958 die DP verlassen hatte, weil sie nach seiner Auffassung zu sehr im Schlepptau der CDU segelte. Auch der zweite Mann der FDP Schleswig-Holsteins kam 1959 aus der DP. Es ist der Bundestagsabgeordnete Walter Peters.

Wie wird es nun im Norden mit den Freien Demokraten weitergehen? Zweifellos ist Eisenmann aktiver und dynamischer als Leverenz und zweifellos wird Eisenmann härtere Forderungen an den Koalitionspartner in Kiel, die Christlichen Demokraten, stellen. Es ist möglich, daß Leverenz nicht abgewählt worden wäre, wenn er schon zu Zeiten des Kai-Uwe von Hassel (CDU) besonnter auf den Vorteil seiner Partei in der Koalition bedacht gewesen wäre, was freilich immer seine Grenzen in den FDP-Mandaten im Kieler Landtag hatte.

Nun ist aber das Ergebnis der Landtagswahl vom letzten September nicht so, daß die FDP etwa ohne weiteres mit den Sozialdemokraten koalieren könnte. CDU und FDP zusammen bringen 38 der 69 Mandate, aber FDP und SPD zusammen nur 34 Sitze. Seit 1950 war es numerisch nicht möglich, daß FDP und SPD zusammen gingen, was unter anderem auch daran liegt, daß die FDP in der letzten Legislaturperiode nur drei Mandate und in der laufenden auch nur fünf Mandate erobern konnte. Hinzu kommt, daß der Abgeordnete der dänischen Minderheit SSW sich keiner Koalition anschließen will.

Auf der anderen Seite ist es natürlich denkbar, daß nunmehr endlich einmal in der nächsten Legislaturperiode die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten sich in einer Koalition zusammefinden, was vor dem Hintergrund des allgemeinen Trends zur SPD als sehr möglich erscheint. Nun wird sich allerdings auch in der gemeinsamen Arbeit im Landtag schon in dieser Legislaturperiode herausstellen können, wie weit Gemeinsamkeiten in der sachlichen Arbeit, die es auch schon früher gegeben hat, noch besser möglich sind.

Eine Gemeinsamkeit aber dürfte schon unmittelbar vor den beiden Parteien liegen: Die Unzufriedenheit unter den Bauern ist größer denn je zuvor. Sie wollen endlich von der Bundesregierung und dem Landwirtschaftsministerium in Kiel hören, wie es mit der EWG weitergehen soll. Es geht um die Frage, wieviel Bauern müssen ausscheiden und wieviel können unter gesunden Voraussetzungen modern weiter wirtschaften. Die Beschwichtigungspolitik unter dem Präsidenten des Bauernverbandes, dem Bundestagsabgeordneten Detlef Struve in Schleswig-Holstein, ist immer weniger erfolgreich. Die Fraktionen und Parteiführungen von SPD und FDP sind dabei, sich immer stärker auf die Interessen der Bauern einzustellen. Die Beziehungen zwischen den Vertretern des Landvolks und der Parteien sind immer enger geworden.

"Im Namen des Volkes"

Kulturpolitisches Manko in Bayern
Von Ferdinand Drexler, MdL

Das bayerische Volk wünscht in seiner Mehrheit die dürftigste Grundausbildung seiner Kinder, denn die CSU habe mit 108 von 204 Sitzen im Landtag den Auftrag des Volkes zur Durchsetzung ihrer "Kulturpolitik" d.h. zur Stabilisierung des Notstandes in Bayern erhalten. Wohl haben die CSU-Sprecher in der Kulturasdebatte im Landtag bei der Abwehr der harten Kritik der SPD sich anderer Worte bedient, die Realität aber läßt keinen anderen Schluß zu. Im Prinzip hat die CSU sogar recht. Jene Mehrheit des Volkes, die der CSU mit dem BP-Anhänger die Stimme gab, war sich der Schwere der Entscheidung nicht bewußt. Ein politisch besser gebildetes Volk hätte eine andere Mehrheitsentscheidung getroffen. Daher soll die Macht der CSU auch weiter durch Vernachlässigung des Bildungswesens erhalten bleiben. Eine andere Erklärung gibt es für das kulturpolitische Manko in Bayern nicht.

Über die Folgen des ständig empfindlicher werdenden Lehrermangels sind sich alle weitblickenden Bürger bewußt. Ohne gut ausgebildete und ausreichend vorhandene Lehrer gibt es keinen Ausweg aus dem vorhandenen Dilemma und keine zwingend notwendig gewordene wesentliche Hebung des Bildungsstandes unseres Volkes.

So wie beim Lehrlingsmangel nur gute Werkstätten das Interesse der heranwachsenden Jugend finden, ist der räumliche, personelle und geistige Zustand der Pädagogischen Hochschulen mit von wesentlicher Bedeutung der Abiturienten, an diesen zu studieren. Der rasche Ausbau, die ausreichende und beste Besetzung des Dozentenkollegiums und ein guter Ruf (der durch überspitzten Konfessionalismus leidet) dieser Hochschulen, verbunden mit einer sinnvollen Prüfungsordnung sind "zwingend vorrangigster Art."

Mit dem zynischen Hinweis auf das "Vertrauen des Volkes" rechtfertigt die CSU ihre Versäumnisse. Ganze 1 550 000.-- DM stehen zum Ausbau des größten Engpasses des bayerischen Schul- und Bildungswesens, nämlich der Pädagogischen Hochschulen, für 1963 neu im Haushalt. Von diesen aber dürfte nicht einmal die Hälfte ausgegeben werden, da die Verschleppungstaktik der Planungsarbeiten Triumphe feiert. So stand z.B. für Planungsarbeiten zur Errichtung der PH in Nürnberg 1962 DM 150 000.--

im Haushalt. vorher waren bereits DM 70 000,-- genehmigt. Tatsächlich bereitgestellt wurden jedoch nur DM 36 000,-- !Die dadurch erneut eingetretene Verzögerung der Planungsarbeiten läßt die Grundsteinlegung in diesem Jahr kaum noch erwarten. Fünf Jahre ziehen sich bereits die Vorbereitungen hin! Für den Um- und Erweiterungsbaubau in München-Pasing sind erstmals DM 100 000,-- für Planung bereitgestellt. Wenn der Baubeginn auch noch fünf Jahre auf sich warten läßt, dann dürfte das Bauvorhaben wegen mangelndem Interesse der Abiturienten nicht mehr notwendig sein. In Regensburg dauerten allein die Grundstückeverhandlungen zwischen einer katholischen Kirchenstiftung und dem Staat volle drei Jahre. 1963 ist zu den Planungsmitteln von 1962 (DM 70 000,--) keine weitere Mark vorgeesehen.

Man muß die katastrophale Raumnot an diesen Hochschulen gesehen haben, um zu begreifen, wie ohnmächtig oder blind oder willenslos diese Staatsregierung in Bayern ist.

Auch die personelle Besetzung entspricht keineswegs einer Pädagogischen Hochschule. Ein Dozent der Pädagogik, vielleicht mit einem Assistenten für mehr als 500 Studierende ist eine Ironie. Tausende Bücher sind für Prüfungsvorbereitungen nicht zugänglich, weil sie nicht katalogisiert worden sind.

Auf diese Mißstände hat der Verfasser bei der Debatte im Landtag hingewiesen. Der Minister schwieg. Die CSU aber beruft sich auf den Wählerwillen. Gut ab vor jenen, die trotzdem studieren. Die bisserigen CSU-Wähler aber werden sich fragen müssen, ob das ihr Wille wirklich war und noch ist.

+ + +

Abschreckung

Die Afrikaner und die Mauer

so - Chruschtschow und sein deutscher Stadthalter Ulbricht haben wohl, als sie die Berlin trennende Mauer vor zwei Jahren errichteten, ließen nicht ihre Auswirkungen bedacht. Statt die Macht des Kommunismus zu demonstrieren, offenbart sei seine Schwäche. Kaum einer kann sich ihrer abschreckenden Wirkung entziehen. Zehntausende Ausländer aus aller Welt haben dieses Denkmal der Schande besichtigt und bekommen einen Anschauungsunterricht, den sie nie vergessen werden. Die Mauer sagt mehr über den Kommunismus aus als jede gelehrte Abhandlung. Dies erfuhr auch ein junger Gewerkschaftler aus dem Kongo. "Wir sind bis zum Grund unseres Herzens vom Kommunismus kuriert", sagte der Generalsekretär der Nahrungsmittelarbeiter-Gewerkschaft im Kongo, Mutomo, der als erster führender Gewerkschaftler aus dem Kongo die Mauer besichtigte. Ulbricht und seine Leute geben sich viel Mühe ihren Staat gerade bei den nicht-gebundenen Nationen als "sozialistischen und fortschrittlichen Musterstaat" anzupreisen, in dem sich das wahre Deutschland verkörpere. Die jungen Staaten Afrikas sind ein bevorzugtes Propagandafeld, doch die Wirklichkeit widerlegt jede Propaganda. Möge noch recht vielen Afrikanern Gelegenheit zur Reise nach Berlin gegeben werden. Solche Investitionen tragen ihren Lohn, sie gewinnen Berlin und der deutschen Demokratie neue Freunde.

+ + +

Vertrauenskrise der Rechtsstaatlichkeit

Österreich hat wieder eine Habsburgfrage

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes über eine Säumnisbeschwerde des Dr. Otto Habsburg-Lothringen hat in Österreich nicht nur eine Verfassungskrise und eine politische Krise ausgelöst, sondern auch eine Vertrauenskrise gegenüber der Rechtsstaatlichkeit. Fast scheint von dem 1918 vertriebenen Herrscherhaus ein Fluch auszugehen, der heute noch die Grundlagen der Republik zu erschüttern vermag.

Bis vor wenigen Tagen schien wenigstens die gesetzliche Lage eindeutig zu sein: Alle Mitglieder der Familie Habsburg galten durch Verfassungsgesetz und Staatsvertrag als enteignet und landesverwiesen sowie der Adelspräskate und sämtlicher Privilegien verlustig. Sie durften nur dann in Österreich leben, wenn sie auf etwaige Herrschaftsansprüche und sonstige Vorrechte ausdrücklich verzichteten. Damit schützte sich die Republik Österreich gegen etwaige Restaurierungsversuche.

Nicht wenige Mitglieder des einstigen Herrscherhauses gaben die entsprechende Loyalitätserklärung ab und lebten fortan auf ihren ertragreichen Gütern oder sonstwo ganz unangefochten als Staatsbürger der Republik. Der Sohn des letzten Kaisers Karl, Otto von Habsburg, indes verzichtete nicht auf seine Thronfolgerrechte und lebte daher im Ausland, seit Kriegsende in Pöcking am Starnbergersee. Der Staat, dessen Krone er auf sein schütteres Haupt setzen wollte, existierte zwar nicht mehr, doch lebte es sich nicht schlecht als Nachfahre eines einst großen und berühmten Herrschergeschlechts. Vor allem die Amerikaner haben eine Schwäche für eine derartige Romantik.

Im Widerspruch zu den Bedürfnissen einer wenn auch abgetakelten Dynastie wurden Otto zunächst nur fünf Töchter beschert. Als dann endlich ein Sohn - Karl getauft - und künftiger potentieller Thronfolger in Pöcking das Licht der Welt erblickte, konnte Otto am 31. Mai 1961 auf seine Herrschaftsrechte "verzichten", denn nun waren sie ja - unausgesprochen - auf seinen Erben übergegangen. Dieser Verzicht

sollte ihm und seiner Familie, einschließlich Thronfolger-Säugling - die Rückkehr nach Österreich ermöglichen. Hier könnte nun Dr. Habsburg weiter seine Ränke spinnen. Die Monarchie befände sich dann gewissermaßen im Kinderwagen.

Die Verzichtserklärung entsprach zwar formell dem erforderlichen Wortlaut, stand aber in eklatantem Widerspruch zu den von Dr. Habsburg selbst verkündeten monarchistischen Ambitionen. Die zur Entgegennahme der Erklärung zunächst zuständige Bundesregierung konnte sich am 13. Juni 1961 darüber nicht schlüssig werden - genauer gesagt, sie ignorierte die Angelegenheit überhaupt - und so richtete Dr. Habsburg über seinen Wiener Rechtsanwalt eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof wegen Verletzung eines verfassungsmäßig gewährleisteten Rechtes. Am 16. Dezember 1961 wies der Verfassungsgerichtshof diese Beschwerde zurück. Die Annahme oder sonstige Wertung der Verzichtserklärung sei auf Grund der Bundesverfassung allein Sache der Bundesregierung und des Hauptausschusses des Nationalrates.

Nun richtete der Rechtsanwalt des dem Thron entsagenden Dr. Habsburg eine Säumnisbeschwerde an den Verwaltungsgerichtshof. Das ist wie der Verfassungsgerichtshof und der (für Zivil- und Strafrechtspflege zuständige) Oberste Gerichtshof einer der drei höchsten Gerichtshöfe Österreichs. Genau zwei Jahre nach der umstrittenen Verzichtserklärung, am 31. Mai 1963, entschied jetzt dieser Verwaltungsgerichtshof, daß die Erklärung ausreichend sei, dem Parlament keinerlei Entscheidungsbefugnis diesbezüglich zukomme und einer Rückkehr Dr. Habsburg nach Österreich künftig nichts mehr im Wege stünde. Damit setzte sich der Verwaltungsgerichtshof in direktem Widerspruch zur Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes. Die Divergenzen in der Rechtsauffassung sind seither Gegenstand lebhafter juristischer Diskussionen. Ohne darauf näher einzugehen, muß gesagt werden, daß damit das Vertrauen in die österreichische Gerichtsbarkeit, noch dazu der höchsten Gerichte, zutiefst erschüttert und die Rechtsstaatlichkeit in Frage gestellt wurde. Die Sozialisten verlangen daher, daß nun die letzte Entscheidung von jener höchsten Instanz erfolgen soll, von der alles Recht der demokratischen Republik ausgeht - vom österreichischen Volk und seiner Vertretung, dem Parlament.